G 2527

Nr. 7-8/2023

Gymnasium

BADEN-WÜRTTEMBERG

Der Philologenverband Baden-Württemberg präsent:

- bei der BBW Landestarifkommission
- bei der Fachtagung ‘Schule ohne Lehrkräfte’
- bei der Sitzung des DL- Bundeshauptausschusses
- bei der Frauenpolitischen Fachtagung der dbb Frauen
- beim Bildungsgipfel der SPD im Landtag

Außerdem:

Treffen zur Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung

Landesjugendtag der bbw-jugend

Zeitschrift des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Inhalt

Editorial *[Ralf Scholl]* 2

Nach der Einkommensrunde ist vor der Einkommensrunde *[Ursula Kampf]* 3

Für den Philologenverband BW unterwegs ... *[Karin Fetzner und Andrea Pilz]* 4

Hinsehen, nicht wegschauen! *[Martina Scherer]* 6

Der Philologenverband Baden-Württemberg beim 'Bildungsgipfel' der SPD-Fraktion im Landtag *[Karin Fetzner]* 7

Der PhV BW im Gespräch mit ...
... dem ZSL *[Michael Belz]* 8

Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung *[Karin Fetzner]* 9

Thema aktuell: CDU 10

Aktuelles aus dem HPR *[Jörg Sobora]* 11

Aktuelles aus dem HPR asB *[Michael Belz]* 12

Landesjugendtag der bbw-jugend *[Laura Schönfelder]* 13

Der PhV BW im Gespräch mit ...
... den Grünen *[Karin Fetzner]* 13

Der PhV BW im Gespräch mit ...
... der FDP *[Karin Fetzner]* 14

Der PhV BW im Gespräch mit ...
... der SPD *[Karin Fetzner]* 14

Arbeitstagung des erweiterten Vorstandes Nordbaden *[Helmut Hauser]* 15

Titelfoto: Buigen-Gymnasium (Martin Brenner)

Redaktionsschluss:
Sept.-Oktober-Ausgabe: 4. September 2023,
Nov.-Dezember-Ausgabe: 6. November 2023.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung).

Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden!
Enver Groß | enver.gross@phv-bw.de
Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg

Liebe Leserinnen und Leser,

Ralf Scholl
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

am 12. Juni kamen neue Töne aus dem Staatsministerium: »Letztlich könne man in einer Demokratie nicht gegen den Volkswillen regieren« zitierte der SWR unseren Ministerpräsidenten Kretschmann. Eine Selbstverständlichkeit, die allerdings nicht mit einer zeitgleichen Entscheidung für G9 einherging, sondern lediglich mit der Ankündigung eines Bürgerforums zu G9 im Herbst. Vierzig bis sechzig ausgewählte Bürger aus allen Schichten sollen dann über G9 informiert werden und diskutieren.

»Was soll das?«, fragt man sich da. Die Argumente sind doch eigentlich längst ausgetauscht.

Interessant waren die Kommentare der Journalisten und politischen Beobachter: Als »reine Taktik« (SWR) wurde das eingeschätzt, als bloßer Zeitgewinn bzw. als Nebelkerze. Zu Recht, machte doch Ministerpräsident Kretschmann gleich bei der Ankündigung klar, dass Regierung und Landtag die Entscheidungsgremien seien und diese natürlich nicht an das Ergebnis des Bürgerforums gebunden sind. Angesichts dieser Vorgabe muss man sich allerdings verstärkt fragen, wozu dann dieses (in der Landesverfassung gar nicht vorgesehene) Bürgerforum überhaupt dienen soll.

Zumal ja die Initiative *G9-jetzt! BW* für ihren Volksantrag zur Einführung von G9 noch bis zum 11. November diesen Jahres Zeit hat, um weitere Unterschriften zu sammeln und die Wahlberechtigung der Unterstützer dann von den Bürgerämtern bestätigen zu lassen.

Soll hier etwa versucht werden, den Volksantrag für G9 ein Stück weit zu untergraben?

Was lehrt uns dieses Vorgehen? Kretschmann und die Grünen sehen beim Thema G9 ihre Felle, sprich ihre Wähler, davonschwimmen, falls sie ihre sture Verweigerungshaltung weiter beibehalten. Also bieten sie eine Schein-Partizipation in der Form eines Bürgerforums an. Fürchten sie etwa die gesetzlich verbriefte, von ihnen selbst eingeführte, garantierte Teilhabe über Volksantrag, Volksbegehren und Volksentscheid wie der Teufel das Weihwasser? Für die Grünen, die ja selbst aus der Anti-Atom-Bewegung der siebziger und achtziger Jahre entstanden sind, wäre das eigentlich ein Verrat an ihren Wurzeln.

Denn spätestens mit einem erfolgreichen Volksentscheid würde ihnen die Regie aus der Hand genommen und der G9-Gesetzentwurf der Initiative *G9-jetzt! BW* wäre in seiner Form unverändert als Gesetz verabschiedet.

Aber so weit ist es noch nicht: Die beiden Initiatorinnen von *G9-jetzt! BW* haben Anfang Juni bekannt gegeben, dass bislang etwas über 20 000 Unterstützerunterschriften für ihren Volksantrag von Bürger(Meister)Ämtern bestätigt wurden. 38 700 bestätigte Unterschriften werden insgesamt benötigt.

Darum meine große Bitte an Sie: Unterschreiben Sie selbst und animieren Sie auch in Ihrem Bekanntenkreis, für G9 zu unterschreiben! Formulare und sämtliche Infos finden Sie unter https://g9-jetzt-bw.de. Animieren Sie Ihre Kinder, diesen Link in ihrem Freundeskreis über Facebook, Instagram, Twitter, Threema usw. zu teilen! Wahlberechtigt sind ja bereits Sechzehnjährige!

Und wenn Sie Zeit dafür haben, treten Sie doch bitte dem Unterstützernetzwerk von *G9-jetzt! BW* bei. Die große Schwierigkeit ist nämlich nicht das Sammeln der Unterschriften, sondern die Beglaubigung bei der jeweiligen Kommune. Mehr Infos dazu fin-

G9-jetzt! BW

https://g9-jetzt-bw.de

https://g9-jetzt-bw.de/unterstuetzen

den Sie unter https://g9-jetzt-bw.de/unterstuetzen.

Jetzt zum Ende des Schuljahres lassen sich am Rande von Schulfesten wunderbar Gespräche führen und Unterschriften sammeln. Und im neuen Schuljahr kommen dann wieder Klassenpflegschaftssitzungen, auf denen man über den Volksantrag neutral informieren kann.

Mit vereinten Kräften sollte es ein Leichtes sein, die noch fehlenden rund 18 000 Unterschriften zu sammeln und beglaubigen zu lassen.

Vertreterversammlung und Jubiläum '50 Jahre PhV BW'

Die erstmals wieder zweitägige Vertreterversammlung und die abendliche Jubiläumsveranstaltung wurden am 13. und 14. Juli in Pforzheim begangen. Ausführliche Berichte finden Sie in der nächsten Ausgabe von 'Gymnasium Baden-Württemberg'.

Zum Schluss dieses kurzen Editorials (geschrieben in meiner zweimonatigen Elternzeit) wünsche ich Ihnen einen guten und sehr erholsamen Sommer mit vielen neuen Eindrücken weitab vom Schulalltag.

Ihr

Ralf Scholl

>> Der Vorstand der Landestarifkommission des BBW *(v.l.n.r.)*: Jörg Feuerbacher, Andreas Sezer, Ursula Kampf, Sabine Glas, Antonio Pellegrino und Heike Strausberger

Nach der Einkommensrunde ist vor der Einkommensrunde

BBW-Landestarifkommission setzt mit Vorstandswahlen ihre Arbeit fort und diskutiert die Situation in den Bereichen Bund Kommunen (TVöD) und Länder (TV-L)

Am 18. April 2023 berieten Vertreterinnen und Vertreter der Tarifbeschäftigten aus den BBW-Fachgewerkschaften und -Verbänden in Leinfelden über den Schlichterspruch zum TVöD im Rahmen der Einkommensrunde Bund Kommunen zusammen mit Ulrich Hohndorf, dem Leiter des Geschäftsbereichs Tarif beim dbb. Über den kurz darauf vereinbarten Tarifabschluss TVöD informiert der Beitrag **Langwierige Verhandlungen zum Abschluss gebracht – Der Schlichtungsspruch weist in der Einkommensrunde Bund Kommunen den Weg!** in *'Gymnasium Baden-Württemberg 5-6/2023' Seite 6*.

Im Vorfeld der das vierte Quartal 2023 bestimmenden Einkommensrunde Länder bestand unter den Anwesenden Einvernehmen, dass die Entgeltordnung des TV-L (nicht: Entgeltordnung EntgO-L für Lehrkräfte) dringend aktualisiert und weiterentwickelt werden muss, da die ihren Regelungen zugrunde liegenden Tätigkeitsbeschreibungen Jahrzehnte alt sind und die berufliche Realität im öffentlichen Dienst nicht mehr abbilden.

Wahlen

Turnusgemäß wurden im Nachgang zum BBW-Gewerkschaftstag, bei dem *Jörg Feuerbacher* (DSTG) zum den Tarifbereich vertretenden **stellvertretenden BBW-Vorsitzenden** und damit zum **Vorsitzenden der Landestarifkommission** gewählt wurde, die übrigen Mitglieder des Vorstands der BBW-Landestarifkommission gewählt:

- **zur stellvertretenden Vorsitzenden:** *Heike Strausberger* (DPolG);
- **zur Beisitzerin bzw. zum Beisitzer:** *Sabine Glas* (BSBD), *Ursula Kampf* (PhV), *Antonio Pellegrino* (DPolG), *Andreas Setzer* (DSTG), *Robert Wendling* (VDStra).

So spiegelt der Vorstand in seiner Zusammensetzung die Vielfalt des öffentlichen Dienstes wider: Neben Polizei (DPolG) und Strafvollzug (BSBD) sind die Bereiche Lehrkräfte (PhV), Steuer (DSTG) und Straßen- und Verkehrsbeschäftigte (VDStra) vertreten.

Ursula Kampf, Referat Arbeitnehmer/Tarif
Philologenverband Baden-Württemberg

Für den Philologenverband BW unterwegs ...

... bei der Fachtagung *'Schule ohne Lehrkräfte? Probleme, Lösungsansätze und Zukunftsperspektiven'* der Akademie der Konrad-Adenauer Stiftung in Berlin, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Lehrerverband am 15. Juni 2023

Michael Thielen (Generalsekretär der Konrad- Adenauer Stiftung) und Heinz-Peter Meidinger (DL-Präsident) führten in die Thematik ein.

Online zugeschaltet war Andreas Schleicher mit dem Impulsreferat 'Was ist das Problem am Lehrkräfteberuf in Deutschland?' Er ordnete die Situation in Deutschland in den internationalen Kontext ein und resümierte, dass bei uns nicht mehr Geld, sondern die Ermöglichung von mehr Beziehungsarbeit durch das Auslagern von unterrichtsfremden Aufgaben hilfreich zu sein scheint. Er stellte die Frage nach der sozialen Bindung zu den Schülerinnen und Schülern, die ohne die Erfahrung von Selbstwirksamkeit durch die Lehrkräfte verloren gehe, und plädierte für mehr pädagogische Gestaltungsfreiheit vor Ort.

Jürgen Böhm, der Bundesvorsitzende des Deutschen Realschullehrerverbands, sieht die Quereinsteigermöglichkeiten sehr kritisch, da er die Fachlichkeit des Lehrerberufs als elementare Voraussetzung zum Erfolg betrachtet. Er mahnte an, dass die Qualität der Lehrkräfteausbildung in der Vergangenheit zu sehr vernachlässigt wurde, und forderte unter anderem ein zweijähriges Referendariat, um die Ausbildung auf eine bessere Basis zu stellen.

Isabel Probst, die professionell viele Lehrkräfte bei deren Ausstieg aus dem Beruf begleitet, sieht als zentrales Problem die Fremdbestimmung der Lehrkräfte, die dadurch nichts zur Gestaltung der Schule und des Lernumfelds beitragen und somit keine Selbstbestätigung erfahren könnten.

Wiebke Maibaum, Abiturientin und Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz, sieht sich in keiner Weise als angehende Lehrerin, da sie den Lehrerberuf sehr realistisch von Elternseite kenne, und erläuterte die Sichtweise der Generation Z gegenüber der Arbeitswelt. Die jungen Erwachsenen wollten arbeiten, aber sie lebten nicht nur für die Arbeit.

In das Thema 'Notmaßnahmen: Wege und Irrwege' führte Prof. Dr. Felicitas Thiel, Vorsitzende der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz, ein. Sie machte deutlich, dass die »fatale Gleichzeitigkeit« des Lehrkräftemangels und der Verschlechterung der Schülerleistungen die Problematik stark verschärfe. Vor allem blickte sie auf die Problematik der Brennpunktschulen und äußerte sich ausgesprochen kritisch zu den dualen Lehrer-Studiengängen, die zur Gewinnung von schnell verfügbaren ausgebildeten Lehrkräften führen sollen. Zitat: »Der Lehrerberuf ist kein Anlernberuf!« Die Stellungnahme der SWK mit den Vorschlägen wie Reduktion von Teilzeitmöglichkeiten sei kein Papier zur Handlungsanweisung, sondern ein zugegeben harter Katalog von möglichen Lösungswegen.

Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing sieht vor allem den Bologna-Prozess gerade in Bezug auf Lehramtsstudiengänge als nicht zielführend, da er auf Polyvalenz ausgerichtet ist. Das sei nicht förderlich, weil die Studenten besonders in Mangelbereichen von der Industrie

>> Karin Fetzner und Andrea Pilz bei der KAS-Fachtagung

>> Martin Spiewag, Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing und Prof. Dr. Felicitas Thiel von der SWK

mit weit höherer Bezahlung abgeworben würden. Dagegen sieht sie großes Potenzial bei der Möglichkeit, Bestandslehrkräfte länger im Beruf zu halten, wenn man sie angemessen entlastet. Zudem äußerte sie sich zu Lebensarbeitszeitkonten im Lehrerbereich sehr kritisch, insbesondere wenn es bei älteren Personen schon klar ist, dass die betreffenden Menschen voraussichtlich die Stunden nicht mehr zurückbekommen können. Sie forderte als Ziel eine 130 Prozent-Lehrerversorgung an den Schulen.

Dr. Dorit Stenke, Staatssekretärin für Bildung in Schleswig-Holstein, sieht die Nachqualifikation von Quereinsteigern oder von Bestandslehrkräften in zusätzlichen Mangelfächern als zielführend bei Universitäten verortet und lobt als Beispiel die Informatik-Nachqualifikation in ihrem Bundesland.

Unter dem Thema ‘Wie kann der Arbeitsort Schule attraktiver werden?’, schilderte Alexander Brandt unter anderem seine Erfahrungen aus Singapur, wo es verbreitet professionelle Lerngemeinschaften unter Lehrkräften gibt. Diese Lerngruppen bereiten den Unterricht gemeinsam vor, erhalten dafür aber Arbeitszeit eingerechnet! Er nannte für Berufszufriedenheit einerseits Hygienefaktoren, wie zum Beispiel gute Arbeitsbedingungen und durchdachte Lernräume, und andererseits Motivatoren, wie die Erfahrung, dass man einer sinnstiftenden und zukunftswirksamen Tätigkeit nachgeht. Silke Müller, Schulleiterin aus Niedersachsen, betonte dazu die Wichtigkeit der Gestaltungsfreiheit an der Schule. Zitat: »Nicht (das Kultusministerium) fragen – machen!«

Fazit: Jedem ist klar, dass es vorerst schmerzhafte Einschnitte geben wird, um die Problematik des Lehrkräftemangels abzufedern, die insbesondere die Lehrkräfte trifft, die dafür nichts können.

Moderiert wurde die Veranstaltung durch Martin Spiewak von der ZEIT. **Andrea Pilz, Karin Fetzner**

... und bei der Sitzung des DL-Bundeshauptausschusses am 16. Juni 2023 in Berlin

Der scheidende Präsident des DL, Heinz-Peter Meidinger, berichtete über Schwerpunkte seiner Tätigkeit und betonte, wie wichtig seine jahrelange schnelle Sprechfähigkeit als DL-Vorsitzender bei den Anfragen verschiedenster Medien war. Gleichzeitig hob er damit die große Bedeutung des DL als übergeordneter Ansprechpartner für alle Schularten in Deutschland hervor.

Stefan Düll, Gymnasiallehrer für die Fächer Deutsch, Geschichte und Englisch und seit Juli 2014 Schulleiter am Justus-von-Liebig-Gymnasium in Neusäß und Seminarvorstand, wurde einstimmig als Nachfolger gewählt und betonte, dass er nun für alle Schularten, die im DL vertreten sind, zuständig sei. Nachdem er als Schulleiter schon Erfahrung in einem Schulzentrum sammeln konnte, stellt dies für ihn kein Problem dar. Die Unterstützung von Heinz- Peter Meidinger ist ihm hierfür schon zugesagt.

Der DL-Bundeshauptausschuss verabschiedete ein neues Grundsatzpapier und diskutierte über die Zukunftsperspektiven und -pläne der DL-Arbeit in den nächsten Jahren.

Als Delegierte des Deutschen Philologenverbandes vertraten Andrea Pilz und Karin Fetzner den Philologenverband Baden-Württemberg.

>> Der scheidende DL-Präsident Heinz-Peter Meidinger verabschiedet sich

>> Karin Fetzner, Stefan Düll, der neugewählte DL-Präsident, und Andrea Pilz

Andrea Pilz, Karin Fetzner

Hinsehen, nicht wegschauen!

17. Frauenpolitische Fachtagung der dbb Frauen mit brisantem Thema: Gewalt an Frauen

Seit Jahrzehnten kämpfen Frauen für ihre Rechte und ihre Sicherheit. Trotzdem ist es erschreckend, wie aktuell das Thema der Gewalt gegen Frauen auch im Jahr 2023 immer noch ist. Laut Statistik hat jede fünfte Frau schon einmal Gewalt erfahren. Es handelt sich dabei nicht um isolierte Einzelfälle, sondern um eine bedrückende Realität, die es zu bekämpfen gilt.

Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass Gewalt gegen Frauen (und gegen Männer) immer eine Form von Machtdemonstration ist. Es geht nicht um Liebe oder Leidenschaft, sondern um das Ausüben von Macht und Kontrolle. Dieses Verhalten ist inakzeptabel und muss von der gesamten Gesellschaft angegangen werden.

»Es ist eine kontinuierliche Aufgabe, die Ausdauer, Engagement und die Bereitschaft, Veränderungen voranzutreiben, erfordert. Aber es ist eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen, um eine gerechte und respektvolle Gesellschaft zu schaffen und den öffentlichen Dienst weiterhin für Nachwuchs- und Bestandskräfte attraktiv zu machen«, so Milanie Kreutz bei der Eröffnung der Tagung.

Welcher Personenkreis ist besonders gefährdet?

- Jüngere Personen
- Geringe Erfahrung (Auszubildende, Studierende)
- Introvertierte Personen
- Frauen in Führungspositionen
- In der Hierarchie niedriger eingestufte Personen
- LGBTIQ-Personenkreis
- Männer ebenfalls (Frauen drei Mal häufiger)

Um dieser Problematik entgegenzuwirken, bedarf es des gemeinsamen Engagements aller Mitglieder der Gesellschaft. Auf der dbb Frauentagung am 14. Juni 2023 in Berlin im dbb Forum wurden wichtige Maßnahmen und Lösungsansätze diskutiert. Unter anderem betonten Ferda Ataman, die unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, und Lisa Paus, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Notwendigkeit einer Null-Toleranz-Politik gegenüber sexueller Belästigung, Gewalt und Mobbing im öffentlichen Dienst. Gerade der öffentliche Dienst muss mit bestem Beispiel vorangehen und bei Würdeverletzungen eintreten.

Als ein Lösungsansatz ist die Schaffung klarer Prozesse, die bei Vorfällen sexueller Belästigung und Gewalt angewendet werden sollen, ein zentraler Ansatz. Es ist wichtig, dass alle Beschäftigten wissen, wie sie solche Vorfälle melden können und dass diese Meldungen ernst genommen und vertraulich behandelt werden. Zusätzlich sollten Pflichtfortbildungen durchgeführt werden, um das Bewusstsein für diese Problematik zu stärken und angemessene Handlungsoptionen aufzuzeigen.

Die Rednerinnen waren hochkarätig

- *Lisa Paus,* Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- *Kathrin Walter,* Abteilungsleiterin zuständig für den öffentlichen Dienst im Bundesinnenministerium
- *Dr. Sabine Jenner,* Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte an der Charité Berlin
- *Sandra Maurer,* Rechtsanwältin und Co-Autorin des Buches ‘Mobbing und sexuelle Belästigung im öffentlichen Dienst’
- *Ferda Ataman,* Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung

Die Expertinnenrunde auf der dbb Frauentagung, bestehend aus Dr. Nina Guérin, Sandra Maurer, Kathrin Böhler und Milanie Kreutz, betonte die Bedeutung von regelmäßigen anonymen Befragungen der Beschäftigten. Nur so kann ein realistisches Bild der Situation gewonnen und können gezielte Maßnahmen ergriffen werden. Zudem sollten klare Verhaltensgrundsätze festgelegt werden, die für alle – nicht nur im öffentlichen Dienst – verbindlich sind. Ebenso spielen Aufklärung, Respekt und Werteerziehung – nicht nur in der Schule – eine sehr große Rolle.

Hinsehen, Einschreiten, Vorbeugen – Null Toleranz bei sexueller Belästigung, Gewalt und Mobbing.

Hilfetelefon: 116016

Martina Scherer

>> Martina Scherer und Milanie Kreutz (Vorsitzende der dbb Frauen)

>> Ferda Atamann

>> Lisa Paus, Bundesministerin

Der Philologenverband Baden-Württemberg beim ‘Bildungsgipfel’ der SPD-Fraktion im Landtag

Am späteren Nachmittag des 12. Mai lud die SPD ein zu einem ‘Bildungsgipfel’ mit der Frage: »Wie soll die Schule der Zukunft aussehen?« Die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden nahmen die Einladung an, laut Rückmeldung des Büros des Fraktionsvorsitzenden an unseren Geschäftsstellenleiter waren wir die ersten, die sich dafür angemeldet hatten *(Zitat: »Sehr geehrter Herr Kottmann, vielen Dank für Ihre Rückmeldung, Sie sind unser 1. angemeldeter Gast beim Bildungsgipfel.«)*.

Kurz zum Programm, das im Plenarsaal präsentiert wurde

Zuerst die Begrüßung durch den Fraktionsvorsitzenden Stoch, der die Frage: »Wie soll die Schule der Zukunft aussehen?« in den Raum stellte und mit folgenden (Schlag-)Worten beschrieb: Die Schüler sollen Fähigkeiten für die Zukunft erwerben, interaktiv arbeiten, kritisches Denken, Soft Skills, Problemlösen einüben, inklusiv und individuell beschult werden, kooperativ und flexibel miteinander umgehen.

Danach legte Dr. Dieter Dohmen (Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie) die Schulleiterstudie 2023 ‘Schule stärken – Digitalisierung gestalten’ dar, die zusammengefasst folgende Ergebnisse hat: Schulleiter wünschen sich Veränderung durch

- … mehr Personal: für die Umsetzung zentraler Themen
- … multiprofessionelle Teams
- … Möglichkeiten zur gezielten Förderung, etwa mittels computergestützter Diagnostik und Programme
- … mehr Eigenverantwortung bei Themen wie Personalhoheit, Finanzhoheit oder konzeptionelle Schulentwicklung.

Danach präsentierte sich der ‘Netzlehrer’ Bob Blume der Zuhörerschaft, der seine persönliche Vision der ‘Schule der Zukunft’ entwarf. Die Schlagwörter hierbei: Schüler ins Zentrum stellen, individuelle Begleitung, kein Kind zurücklassen, Potentiale entfalten können, dabei sollten die alten Zeiteinheiten (45 Minuten) und viele alte Unterrichtsinhalte abgelöst werden, die alten Gebäude renoviert und ausgebaut werden (da hat er recht: Mit so viel Geld wie für die neuen GMS-Gebäude möchten Gymnasien in alten Gebäuden auch gerne umgebaut werden!), die alten Methoden wie Notengebung und Leistungsmessung müssten durch ‘innovative Neuerungen’ bzw. ‘alternative Prüfungsformate’ mit Ergebnissen wie ‘gut bestanden, bestanden, nicht bestanden’ ersetzt werden.

Die Podiumsdiskussion passte dann dazu, denn die anwesenden Lehrkräfte auf dem Podium waren (außer Bob Blume, der zwar an einem Gymnasium unterrichtet, aber GMS-Wording propagiert: Warum lässt er sich eigentlich nicht schnellstens an solch eine wunderbare Schule versetzen?) ausschließlich von Gemeinschaftsschulen. Zitat einer Konrektorin einer GMS, die auch eine Grundschule umfasst: »LEIDER müssen wir auch Schüler aus unserer Grundschule an andere Schularten abgeben.« Das in Baden-Württemberg tradierte, begabungsgerecht differenzierte Schulsystem wurde beschrieben und verschrien als ein Ort, an dem das Stigma der Notengebung , die Fremdbestimmung durch Frontalunterricht, der ständige Leistungsdruck und die aufgezwungene Stofffülle die Schüler knechten – als ob es eine wahre Hölle sei.

Zur Info: Laut KM-Bericht vom 21. Februar 2023 entschieden sich die Viertklässler mit einem Anteil von 45,0 Prozent für ein allgemeinbildendes Gymnasium, 33,0 Prozent der Schülerinnen und Schüler entschloss sich für einen Wechsel auf die Realschule, auf die Gemeinschaftsschule 13,4 Prozent und die Werkreal-/Hauptschulen 5,3 Prozent. Eine Abstimmung mit den Füßen!

>> **Dr. Dorothea Kliche-Behnke MdL *(links)* und Katrin Steinhülb-Joos MdL *(rechts)* von der SPD umrahmen Karin Fetzner und Martina Scherer, die den PhV BW beim Bildungsgipfel vertreten**

Dagegen sei in einer innovativen Zukunftsschule das eigene Tempo der Schüler der Maßstab, sie lernten von- und miteinander, selbstbestimmt und selbstständig, inklusiv, ohne Lehrer, sondern mit ‘Lernbegleitern’, ohne Klassenarbeiten, sondern mit einem selbst datierten ‘Gelingensnachweis’, ohne Noten, sondern mit ‘lernförderlicher Leistungsrückmeldung’ – ein Paradies. Wir müssten uns in Zukunft »aus den alten Denkmustern lösen«, so Andreas Stoch wörtlich.

Hier könnte man einhaken: Das Bild, das speziell vom Unterricht an Gymnasien von bestimmten Interessengruppen gezeichnet wird, ist dermaßen verzerrt, dass es eigentlich jedem klar sein müsste, was beabsichtigt ist. Und was nicht gesagt wird: Sehr vieles von dem, was hier als Zukunftsvision vorgestellt wird, das können und praktizieren wir doch am Gymnasium schon lange! In Gruppen zusammenarbeiten, das Ergebnis präsentieren, Soft Skills und Problemlösen trainieren, Potentiale entfalten, individu-

>> Daniel Born MdL *(rechts)*, Vizepräsident des Landtags, SPD

elle Begabungen fördern, das ist tägliche Arbeit – aber eben auch mit Leistungsanspruch, der nicht nur auf die Prozesse, sondern auch auf das Ergebnis schaut. Wenn sich unsere Schüler dabei mehrheitlich nicht wohlfühlen würden, wäre dann der Wunsch, ein Gymnasium zu besuchen, so verbreitet?

Der Bildungsausschuss des Landtags war in großer Besetzung kurz vorher nach Kanada geflogen, um erhellende Erkenntnisse über das dortige Bildungssystem zu sammeln. Auf eine kritische Frage aus dem Publikum, ob denn nicht eine (kostengünstigere und umweltbewusstere !) Reise nach Bayern, das sich seit vielen Jahren dauerhaft an der deutschen Spitze bei IQB, PISA usw. hält, auch gereicht hätte, und ob man nicht auch von Bayern lernen könne, wurde sehr indigniert und aggressiv reagiert: Schule mit einer solchen Leistungsfixierung wie in Bayern wollen wir nicht!

Fazit: Der 'Bildungsgipfel' war im Prinzip eine Werbeveranstaltung für eine 'Schule für alle'. Bemerkung einer Dame aus dem Zuschauerraum: »Wenn sie als 'Schule der Zukunft' eine Einheitsschule wollen, dann sollen sie es doch ehrlich und offen sagen, dann weiß man, was man in Zukunft wählt – oder eben nicht!«

Karin Fetzner

... dem ZSL

Zum inzwischen turnusmäßigen Austausch zwischen dem PhV BW und dem ZSL trafen sich am 24. Mai 2023 der Leiter des ZSL, Prof. Dr. Thomas Riecke-Baulecke, sein Abteilungsleiter Michael Kilper sowie Karin Fetzner, Cord Santelmann und Michael Belz für den Philologenverband Baden-Württemberg.

Gleich zu Beginn wurden zwei recht heiße Eisen angesprochen; dem PhV BW waren vereinzelt attraktive Stellenausschreibungen am ZSL aufgefallen, die offenbar nicht in 'Kultus und Unterricht' (KuU) veröffentlicht wurden. Nachdem aber insbesondere gymnasiale Lehrkräfte sich in der Vergangenheit immer darauf verlassen konnten, dass Stellen ab A15 allen Interessierten über KuU bekannt gemacht werden, hat der Philologenverband Baden-Württemberg dringend darum gebeten, diese langjährige Praxis wieder konsequent umzusetzen. Prof. Riecke-Baulecke betonte, er werde der Sache nochmals nachgehen. Er teile die Sicht des Philologenverbandes, dass eine exzellente Schulverwaltung nur durch ein konsequentes Anwenden des Prinzips der Bestenauslese funktionieren kann. Dafür sei ein großes Bewerberfeld wünschenswert.

Im zweiten Fragenkomplex erging die Bitte an die Leitung des ZSL, einmal darzustellen, warum es offenbar immer noch schwierig ist, zeitnah korrekte Beschäftigtenzahlen des ZSL zu erheben. Riecke-Baulecke erklärte nachvollziehbar schlüssig, dass hier bei der Errichtung des ZSL unterschiedliche Zuständigkeiten bezüglich des Personals wohl nicht bedacht worden seien. Für die fest am ZSL verorteten Kolleginnen und Kollegen ließen sich die Beschäftigtenzahlen im zuständigen Personalreferat des ZSL ad hoc korrekt ermitteln. Anders sieht es für alle Beschäftigten des ZSL aus, die nur mit geringem Umfang (zum Beispiel auf Anrechnungsstunden) für das ZSL arbeiten. Diese sind zwar für ihre Aufgabe ins ZSL eingebunden, werden personalrechtlich aber von einer anderen Dienststelle geführt. Hier hakt es offenbar gewaltig beim Datenabgleich. Der PhV hat Prof. Dr. Riecke-Baulecke angeboten, das ZSL beim nächsten Gespräch mit Ministerin Theresa Schopper in dieser Frage aus Verbandssicht zu unterstützen.

Ein weiteres Thema war die in der Presse diskutierte Einführung einer dualen Lehrerausbildung. Die Vertreter des PhV BW betonten, dass eine solche im Bereich des gymnasialen Lehramtes aufgrund der geforderten Wissenschaftlichkeit kaum vorstellbar sei. Riecke-Baulecke versicherte, dass zu diesem Thema bisher kein Auftrag des KM vorliege.

Das Thema Fortbildungen wurde vor allem unter der Perspektive »zunehmende Anzahl an Onlineformaten« diskutiert. Michael Belz verdeutlichte am Beispiel des Faches Sport, dass in der Planung für das nächste Fortbildungsquartal (zum Beispiel für die Regionalstelle Stuttgart) fast fünfzig Prozent der Fortbildungen als Onlineformate angeboten würden. Hier stellt sich die Frage, ob das denn zielführend sein kann. Elemente aus dem Geräteturnen könne man nun mal nicht online lernen. Der Philologenverband Baden-Württemberg mahnte in diesem Zusammenhang eine sachgerechte Abwägung insbesondere für die naturwissenschaftlichen Experimentalfächer und die Fächer Bildende Kunst, Musik und Sport an.

Michael Kilper – in seine Abteilung fällt die Zuständigkeit für die Fortbildungen – lenkte den Fokus auf den Inhalt der Fortbildungen. Es gebe sicher Themenbereiche, in denen eine Präsenzveranstaltung notwendig sei. Allerdings würden Onlineformate in der Zwischenzeit gut angenommen, hätten weniger Absagen als Präsenzveranstaltungen, seien vom Zeitaufwand her kürzer und würden Zeit und Fahrtkosten sparen. Aus diesem Grunde unterstütze das ZSL (auch) Onlineformate.

Michael Belz

Für den PhV BW im Landtag:

Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung

Neuer Versuch der FDP

Die erste Beratung zum Gesetzentwurf zur Wiederherstellung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung stand am 25. Mai 2023 auf der Tagesordnung des Landtags von Baden-Württemberg *(Text siehe unter:* https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/ LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/4000/17_4142_D.pdf*)*.

Die Fraktion der FDP/DVP versucht mit diesem Gesetzentwurf, die von der grün-roten Landesregierung vor elf Jahren im Handstreich abgeschaffte Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung wieder zu installieren, weil sich seit dieser Hauruck-Aktion die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg sukzessive verschlechtert haben. Diese Abschaffung ist sicher nicht die einzige Ursache für den kontinuierlichen Abstieg des früheren Musterlands Baden-Württemberg im Bildungsranking in Deutschland und im internationalen Vergleich, aber sie lieferte einen sehr wesentlichen Beitrag zu der negativen Entwicklung. Der Philologenverband Baden-Württemberg und der Realschullehrerverband unterstützen das Vorhaben der FDP aus Überzeugung, weil besonders die Realschulen und die Gymnasien die Erfahrung machen, dass immer wieder Kinder an die Schulen kommen, deren kognitive Leistungsfähigkeit, Konzentration, Arbeitswille und Motivation nicht ausreichen, um zumindest gegenwärtig einen Lernerfolg an der angemeldeten Schule erzielen zu können. Trotzdem versuchen Lehrkräfte dann vieles, um diese Kinder zu fördern, aber dauernde Misserfolge sind eine schlimme Erfahrung für diese Schülerinnen und Schüler. Auch die Mitschüler in den Klassen leiden darunter, dass dadurch für sie weniger Zeit und Zuwendung übrig bleibt. Das wäre vermeidbar, wenn die Grundschulempfehlung wieder bindend oder eine Aufnahmeprüfung erforderlich wäre, falls die Eltern anderer Meinung sind als die erfahrenen Grundschullehrkräfte. Mehr dazu finden Sie in der gemeinsamen Pressemitteilung des PhV und des RLV: https://www.phv-bw.de/gemeinsame-pressemitteilung-des-realschullehrerverbands-und-des-philologenverbands-bw-zur-verbindlichen-grundschulempfehlung/.

>> Der PhV BW und der RLV mit der FDP vor dem Landtag

Bei der ersten Anhörung des neuen Entwurfs waren die RLV-Vorsitzende Dr. Karin Broszat und die stellvertretende PhV BW-Vorsitzende Karin Fetzner anwesend, um sich die Diskussion im Landtag live anzuhören und die Meinungen der anderen Fraktionen mit viel Interesse zur Kenntnis zu nehmen. Leider ist es nicht realistisch anzunehmen, dass dieser große Fehler aus der Vergangenheit durch die aktuelle Landesregierung zeitnah korrigiert wird, denn in der vermeintlich kinderfreundlichen Haltung, den Druck des sogenannten ‘Grundschulabiturs’ in der vierten Klasse von den Kindern zu nehmen, vergisst man oder blendet bewusst aus, dass Kindern an einer Schule, deren Niveau nicht zur Leistungsfähigkeit passt, jahrelange Misserfolgserlebnisse zugemutet werden – ist das wirklich die bessere Alternative?

Die beiden Lehrerverbände werden auch in Zukunft mit dieser Frage an die Parteien im Landtag und die Landesregierung herantreten.

Karin Fetzner

Thema aktuell

heute: CDU

Die notwendigen Strukturreformen der Zukunft: G8/G9 und der Übergang auf die weiterführenden Schulen

von **Dr. Alexander Becker, MdL**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zwei wichtige Themen prägen die bildungspolitische Debatte dieser Tage: Die Diskussion um eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium mit dem jüngsten Vorstoß des Ministerpräsidenten, in einem Bürgerforum mit Zufallsbürgern und Fachleuten über die Vorzüge und Nachteile von G8 und G9 diskutieren zu lassen, und die Debatte um die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung (GSE).

Beide Themen gehören zusammen: sie sind Bausteine für ein funktionierendes differenziertes Schulsystem mit eigenständigen profilierten Schularten, begabungsgerechten Bildungswegen und qualitätsvollen Schulabschlüssen.

Das Gymnasium ist per se keine 'Schulart für alle', wenngleich die Übergangsquote in Baden-Württemberg seit 2004 von 36,1 auf 45,0 Prozent gestiegen ist. Das Gymnasium ist damit statistisch gesehen die beliebteste Schulform in Baden-Württemberg.

Mit einer schulgesetzlichen Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 könnte den unterschiedlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schüler besser entsprochen werden. Ein breiteres G9-Angebot kann und sollte auch einen qualitativen Mehrwert bieten, indem es Raum gibt für vertiefte und breitere schulische Bildung. Deshalb ist es richtig, dass der bestehende G9-Schulversuch verlängert wurde. Dafür hat sich die CDU erfolgreich eingesetzt.

Ein flächendeckendes G9-Angebot würde nicht an zu wenig Interessenten scheitern, im Gegenteil. 50,3 Prozent der Grundschüler erhielten im Schuljahr 2022/2023 eine GSE für das Gymnasium. Ein Anteilswert, den ich nicht mit einer Gauß'schen Normalverteilung entsprechender Begabung assoziiere. **Das Gymnasium soll dadurch nicht zur 'Gesamtschule für alle' werden, sondern sich am Leistungsziel orientieren.** Ich stelle klar: Einem jeden sei das Abitur gegönnt; aber der Mensch beginnt für mich nicht erst mit der Hochschulzugangsberechtigung. Wir alle wissen, dass man nicht jedem Kind mit dem Bildungsweg des allgemeinbildenden Gymnasiums einen Gefallen tut.

Eine flächendeckende Einführung des G9 darf auch deshalb nicht über das Knie gebrochen werden, weil Land und Schulträger sich auf eine Reform, die potenziell die Hälfte der Schüler eines Jahrgangs betrifft, angemessen vorbereiten müssen. Zwingende Fragen sind vor Einführung zu beantworten:

- Welche Schüler sollen zukünftig auf das G9 wechseln? Das betrifft unter anderem die GSE und die Durchlässigkeit des Schulsystems.
- Welche Lehrkräfte sind zu akquirieren? Das betrifft den bundesweit bestehenden Lehrkräftemangel, vor allem im MINT-Bereich.
- Welche zusätzlichen Raumbedarfe bedingt eine Parallelität von G8 und G9? Das betrifft den Schulhausbau.

Deshalb gilt: Mit dem G9 muss eine Stärkung der Grundschulempfehlung verbunden sein. Anderenfalls sind Verwerfungen oder Niveauverluste in allen Schularten zu erwarten. Im Schuljahr 2022/2023 hatten beispielsweise 24,3 Prozent der Realschüler in Klasse 5 eine Gymnasialempfehlung.

Im Koalitionsvertrag von 2021 ist vereinbart, dass das G8 die Regelform bleibt. Verträge gelten so lange, bis beide Vertragspartner eine Änderung vereinbaren. Und der Volksantrag zu G9 gibt Anlass, dass sich die Koalition neu positionieren muss. Kein Geheimnis ist, dass die CDU bereits in der vergangenen Legislatur ein auszugestaltendes G8/G9-Wahlmodell ins Spiel gebracht hatte und insofern mehr als gesprächsoffen ist. Das betrifft auch eine verbindlichere Schülersteuerung.

Als Koalition gehen wir diese Schritte gemeinsam. Damit allerdings, das will ich nicht verhehlen, vielleicht noch nicht in der Geschwindigkeit und Klarheit, die man sich wünschen möchte. Zu den bereits vereinbarten Schritten gehören zentrale Lernstanderhebungen in den Jahrgangsstufen 2 und 4 in Deutsch und Mathematik. Damit schaffen wir einen landesweit einheitlichen und gerechten Vergleichsmaßstab, der die zielgerichtete Beratung mit Blick auf die Wahl der weiterführenden Schule stärkt. Was eine von der GSE abweichende Schulwahl der Eltern betrifft, könnte diese meines Erachtens im Dissensfall bei der Aufnahme auch in Form von standardisierten Tests verbindlich entschieden werden.

Die Diskussionen hierzu werden uns weiter begleiten. Ich wünsche Ihnen an dieser Stelle einen erfolgreichen Schlussspurt im Schuljahr 2022/23 und – wenn es soweit ist – schöne und erholsame Sommerferien.

Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR

Jörg Sobora Vorsitzender | **Andrea Pilz** Vorstandsmitglied | **Ralf Scholl** | **Ursula Kampf** stellvertr. Vorsitzende | **Anne-Elise Kiehn** | **Martin Brenner**

Anne Käßbohrer | **Cord Santelmann** | **Christian Unger** | **Björn Sieper** | **Stefanie Wölz** | **Konrad Oberdörfer**

Für Sie im HPR außerschulischer Bereich

Michael Belz

Der PhV im HPR und HPR asB

phv BW Philologenverband Baden-Württemberg

Rahmenvertrag Kopieren aus Büchern und Zeitungen/Zeitschriften

Das Kultusministerium hat dem HPR Gymnasien auf Nachfrage Folgendes zum Thema mitgeteilt:

»Nachdem Ende 2022 der Rahmenvertrag, der das kostenfreie, legale Kopieren eines bestimmten Umfangs aus Büchern und Zeitungen sowie Zeitschriften regelt, ausgelaufen ist, ist es gelungen, mit den beteiligten Verwertungsgesellschaften Wort, Bild-Kunst und Musikedition sowie dem Verband Bildungsmedien für die Schulbuchverlage eine Nachfolgeregelung zu vereinbaren.

Unter Zugrundelegung des neuen Gesamtvertrags ändert sich materiell auch in den kommenden fünf Jahren nichts für die Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte an Schulen in Deutschland für Unterrichts- und Prüfungszwecke.

Entsprechend des Rahmenvertrags dürfen die vertragsgegenständlichen Werke im Umfang von höchstens fünfzehn Prozent genutzt werden, jedoch nicht mehr als zwanzig Seiten.

Zusätzlich dürfen die folgenden Werke vollständig genutzt werden:

- *Noten im Umfang von maximal sechs Seiten,*
- *Schriftwerke, mit Ausnahme von Unterrichtswerken, im Umfang von maximal zwanzig Seiten,*
- *Bilder, Fotos und sonstige Abbildungen,*
- *vergriffene Werke.*

Bei einer Nutzung von Werken ist stets die Quelle anzugeben.

Zum 31. Mai wurde zwischen den Rechteinhabern, zu denen auch die Presse-Monitor GmbH & Co. KG (PMG) gehört, und den Ländern ein Vertrag zum Betrieb eines ‘Presseportals für Schulen’ und zur Nutzung von Pressebeiträgen an Schulen geschlossen. Die Schulen können also auch in Zukunft in gewohntem Umfang Pressebeiträge sowie das Presseportal für Schulen nutzen.«

Konventionelles A14-Beförderungsverfahren im Mai 2023

Dieses Jahr konnten im Mai wieder mehr Studienrätinnen und Studienräte als im letzten Jahr auf eine Beförderung hoffen. Die Zahlen sind in allen Regierungsbezirken allerdings nicht so hoch, wie es sich der HPR Gymnasien wünschen würde. Zusammenfassend ergibt sich folgendes Bild für das konventionelle Mai-Verfahren 2023:

RP Stuttgart:	24 Stellen	RP Freiburg:	17 Stellen
RP Karlsruhe:	19 Stellen	RP Tübingen:	13 Stellen

Aus den Zahlen ist ersichtlich, dass durchschnittlich bei rund 370 allgemeinbildenden Gymnasien nicht einmal die Hälfte dieser Schulen Aussicht hat, auch nur eine verdiente Kollegin oder einen verdienten Kollegen zu befördern.

Dies moniert der HPR Gymnasien klar und deutlich, zumal – wie schon letztes Jahr – viele Lehrkräfte landesweit die Kriterien für eine Beförderung nach A14 eigentlich erfüllen.

Der HPR hat das Kultusministerium mehrfach gebeten, sich für die Schaffung von mehr Beförderungsstellen einzusetzen und beim Haushaltsgesetzgeber bzw. dem Finanzministerium Stellenhebungen von A13 nach A14 zu beantragen.

Personalratswahlen 2024

Die Personalratswahlen werfen so langsam ihre Schatten voraus.

Der HPR Gymnasien bittet alle Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien darum, sich als Örtliche Wahlvorstände (ÖWV) für die Personalratswahlen 2024 zur Verfügung zu stellen. Der HWV hat folgenden Termin für die Personalratswahlen 2024 geplant: 16. bis 18. April 2024.

Entlastungen für Schulleitungen und Lehrkräfte

Der HPR Gymnasien setzt sich in der letzten Zeit verstärkt für eine Entlastung von Schulleitungen und Lehrkräften ein, da er weiß, dass viele Kolleginnen und Kollegen seit langer Zeit weit über ihren Kräften arbeiten und sich Entlastungen vielfältigster Art wünschen.

So fordert der HPR verstärkt kleinere Klassen, eine Absenkung des Deputats, eine Rückkehr zur alten Regelung der Altersermäßigung, die Einführung von Altersteilzeitmodellen (wie es sie in anderen Bundesländern schon gibt), die Unterstützung durch den Einsatz von Verwaltungsassistenten, mehr Schulsozialarbeitern und Schulpsychologen. Natürlich kostet all das sehr viel Geld. Die Zukunft unserer Kinder sollte der Gesellschaft aber dieses Geld wert sein.

Insgesamt fordert der HPR das KM seit langem auf, eine Aufgabenkritik durchzuführen, also nachzudenken, was Lehrkräfte wirklich leisten sollen, bzw. welche Aufgaben zu ihrem Portfolio gehören. Der HPR fordert eine Rückbesinnung auf das Kerngeschäft der Lehrkräfte, den Unterricht. Nicht alles, was wünschenswert wäre, ist auch realisierbar. Natürlich gehört zum Beruf der Lehrkraft wesentlich mehr. Allerdings muss es für die vielen Extraaufgaben dann auch eine entsprechende auskömmliche Anrechnung geben. In diesem Zusammenhang setzt sich der HPR für eine Rücknahme der Kürzungen des Entlastungskontingents ein.

Auch Mindestruhezeiten und Zeiten, in denen die Kollegen und Kolleginnen von dienstlichen Mails, Nachrichten und Anrufen ungestört sind (zum Beispiel nach 18:00 Uhr oder am Wochenende), sind für den HPR ein Thema. In Zeiten, in denen die Rechtsprechung die Bedeutung von Mindestruhezeiten und die Notwendigkeit der Erfassung der Arbeitszeiten allgemein betont, sollten wir Lehrkräfte verstärkt auf unsere Arbeitszeiten, das Arbeitspensum, stressende Faktoren und auf unsere Gesundheit und Gesunderhaltung allgemein achten. Die Schulverwaltung und das System Schule achten nicht in ausreichendem Maße auf diese Dinge. Unser Berufsethos tut sein Übriges, sodass wir in der Folge permanent gestresst und oftmals überlastet werden. Alarmierend in diesem Zusammenhang ist, dass viele Lehrkräfte wegen Dienstunfähigkeit oder auf Antrag vorzeitig zur Ruhe gesetzt werden. Die Zahlen steigen in den letzten Jahren im Vergleich zum regulären Ruhestand.

Das KM ist aufgefordert, diesem Trend entgegenzuwirken und effektive Maßnahmen zu ergreifen, die der Gesunderhaltung dienen. Es muss möglich sein, diesen Beruf in Vollzeit ausüben zu können, ohne krank zu werden oder auf seine wohlverdiente Freizeit zu verzichten. Es muss auch möglich sein, in diesem Beruf alt zu werden und den regulären Ruhestand zu erreichen und seinen Lebensabend genießen zu können. Für diese zentralen Ziele setzt sich der HPR Gymnasien immer wieder ein, auch wenn es manchmal nur kleine Erfolge zu verzeichnen gibt.

Jörg Sobora

BPR ZSL Wahlen verschoben

Nun ist es also passiert – der mühsam ausgeklügelte Termin für einen geräuschlosen und effektiven Übergang des zurückgetretenen BPR ZSL hin zum dann neu gewählten BPR ZSL konnte nicht gehalten werden. Aus der Mitteilung des Wahlvorstandes an die Beschäftigten der Seminare ist zu entnehmen, dass die Verschiebung vor allem auf die nicht rechtzeitig in der notwendigen Güte fertiggestellten Wählerlisten zurückzuführen ist.

An dieser Stelle wage ich einen kurzen Blick über den Tellerrand; jede Personalabteilung eines mittelständischen Betriebes (die Anzahl der Beschäftigten dürfte dort in ähnlicher Größenordnung wie beim ZSL liegen) ist in der Lage, auf Knopfdruck die aktuelle Zahl der Beschäftigten zu liefern. Hier muss die Frage erlaubt sein, warum eine Landesoberbehörde das nicht auch hinbekommt.

Warum ist es überhaupt zu dieser misslichen Lage gekommen?

Es gab nach der letzten BPR ZSL Wahl insgesamt drei Wahlanfechtungen durch unterschiedliche Kläger. Im September 2022 hat das VG Stuttgart nun festgestellt, dass die Einwände der Klageparteien berechtigt sind und die Wahl daher als nicht rechtens eingestuft werden muss. Wenn dieses Urteil rechtskräftig geworden wäre – hätte eine Wahlwiederholung mit den ursprünglichen Wählerlisten stattfinden müssen. Da diese aber ja stark fehlerbehaftet waren – hätte eine solche Wahlwiederholung unweigerlich wieder zu einem anfechtbaren Ergebnis geführt.

Der einzig denkbare Weg aus diesem Dilemma waren Neuwahlen, die im Unterschied zu einer Wahlwiederholung mit aktualisierten Wählerlisten stattfinden. Aus diesem Grunde hat der BPR ZSL am 27. März 2023 mit einem geschlossenen Rücktritt den Weg zu Neuwahlen freigemacht.

Übergangsweise führt der BPR ZSL gemäß LPVG nun kommissarisch noch bis zum 31. Juli 2023 die Geschäfte. Geplant war – und damit komme ich zum Ausgangspunkt zurück – dass zu diesem Zeitpunkt bereits ein neuer BPR ZSL gewählt sein sollte, der dann nahtlos die Geschäfte übernehmen hätte können. Das hat nun leider nicht geklappt.

Was passiert jetzt?

Gemäß LPVG muss der HPR asB nun ab dem 1. August 2023 die Geschäfte des BPR ZSL in Auffangzuständigkeit übernehmen. Eine nicht unerhebliche Zusatzbelastung für ein Gremium, das mit seinen originär eigenen Themen gut ausgelastet ist.

Trotzdem wird sich der HPR asB mit aller Kraft bemühen, die bisher vom BPR ZSL zu bearbeitenden Belange der Beschäftigten an den Seminaren gegenüber dem ZSL mit Nachdruck zu vertreten.

Michael Belz

>> Die JuPhi mit dem neuen Vorstand der bbw-jugend *(v.l.n.r.)*: Stefanie Schrutz, Laura Schönfelder, Michael Schwind, Maxi Schröder, Iris Bilek, Joachim Weschbach und Martina Scherer

Landesjugendtag der bbw-jugend – JuPhi gratulieren dem neuen Vorstand

Die inhaltliche Ausrichtung für die nächsten vier Jahre war Thema des Landesjugendtages der bbw-jugend. Rund achtzig Delegierte der Fachjugendgewerkschaften des bbw kamen dazu am 26. und 27. Mai 2023 in Karlsruhe zusammen. Ein wichtiger Aspekt war dabei die Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes – auch um dem akuten Fachkräftemangel, der sich in allen Bereichen zeigt, etwas entgegnen zu können. Die JuPhi BW wurden auf der Tagung von Stefanie Schrutz und Laura Schönfelder vertreten.

Neben dieser inhaltlichen Arbeit galt es aber auch, die Landesjugendleitung neu zu wählen, nachdem der bisherige Vorstand rund um Johanna Zeller seine Ämter niedergelegt hatte. Sie und ihr Team – Julia Geis, Julia Meyer, André Geiss und Philipp Weimann – haben der bbw-jugend in den letzten Jahren eine gewichtige Stimme in der Gewerkschaftsarbeit verliehen, weshalb sie nicht nur mit tosendem Beifall, sondern auch einem weinenden Auge verabschiedet wurden.

Neu gewählt wurden der Landesjugendleiter Joachim Weschbach (VdV) und seine Stellvertreter Iris Bilek (DPolG), Maximiliane Bürk (VDV), Maxi Schröder (VDV) und Michael Schwind (DSTG).

Der frisch gewählte bbw-jugend-Vorstand durfte dann gleich Glückwünsche des Innenministers Thomas Strobl, der eigens nach Karlsruhe angereist war, und des Karlsruher Oberbürgermeisters Dr. Frank Mentrup entgegennehmen.

Die JuPhi BW wünschen dem neuen Vorstand alles Gute und freuen sich auf die gemeinsame Zusammenarbeit!

Laura Schönfelder

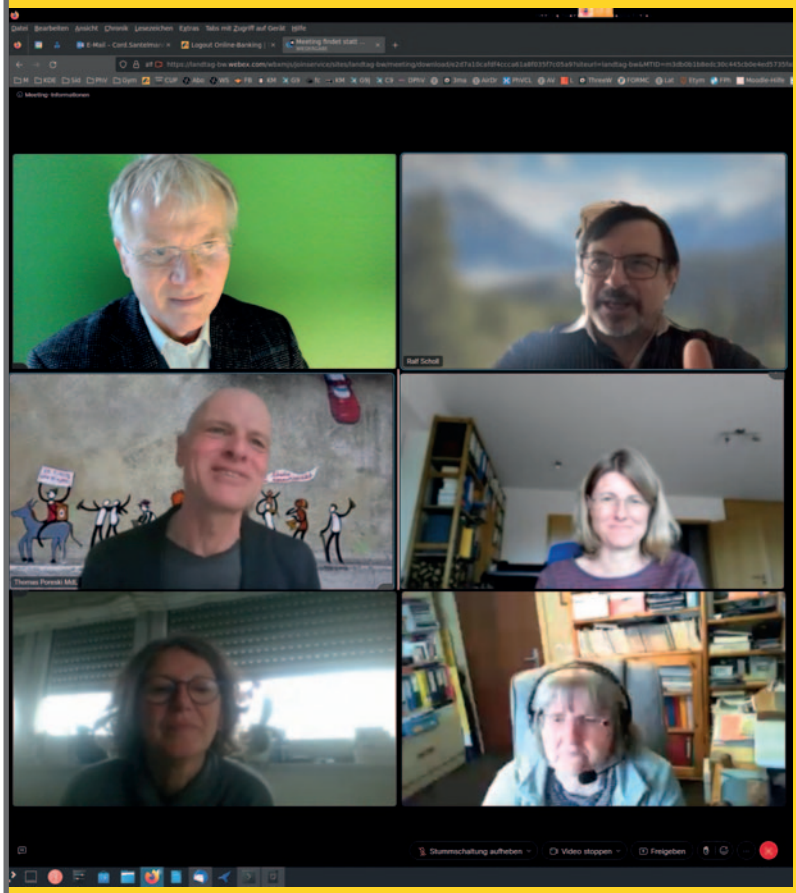
... den Grünen

Am 17. April 2023 trafen sich in einer Videokonferenz Thomas Poreski, Theresia Bauer, Dr. Ulrike Felger, Bernd Mettenleiter, Ralf Nentwich, Dr. Annika Franz, Kevin Wetzler und Lukas Weber von den Grünen in Baden-Württemberg mit Ralf Scholl, Andrea Pilz, Cord Santelmann und Karin Fetzner als Vertreterinnen und Vertreter des Philologenverbands. Nach der Klärung einer versehentlich fehlerhaften Aussage von Seiten der Grünen zum Thema ‘Bundesländer mit verbindlicher Grundschulempfehlung’ wurden einige aktuelle Themen und Probleme angesprochen:

- Die schlechten Aussichten auf A14-Beförderungen – Notwendigkeit von Stellenhebungen
- Attraktivität des Lehrkräfteberufs am Gymnasium
- Verbindlichkeit oder Weiterentwicklung der Grundschulempfehlung
- Notwendigkeit der Messung der Lehrkräftearbeitszeit, Definition: Was ist Arbeit bei Lehrkräften?
- Erhöhter Krankenstand durch Überlastung
- Leistungsorientierung und Förderung von lernstarken Schülern

Auch wenn die Meinungen in manchen Punkten nicht deckungsgleich sind, werden diese Gespräche als Austausch und zur gegenseitigen Information wertgeschätzt. Weitere Termine werden folgen.

Karin Fetzner



>> Die Teilnehmenden am Gespräch zwischen dem Philologenverband Baden-Württemberg und den Grünen

... der FDP

Wie schon öfter in der Vergangenheit traf sich der PhV BW, vertreten durch Ralf Scholl, Cord Santelmann und Karin Fetzner, am 27. März 2023 mit den Bildungspolitikern der FDP, vertreten durch Dr. Timm Kern mit seinen Mitarbeitern Marc Juric, Dennis Birnstock und Marcel Hirling. Wie gewohnt gab es viele aktuelle Themen aus dem Bildungsbereich, die uns beschäftigten, die wichtigsten seien hier aufgeführt:

- Die neue AGVO, die immer noch nicht endgültig fertiggestellt und herausgegeben ist, was es den Schulen – je nach gewünschten Fächern – sehr schwer bis unmöglich macht, die Schüler bei den Kurswahlen korrekt zu beraten. Der PhV hat beim KM nachgefragt, die FDP kann im Landtag nachhaken.
- Die Beförderungsmöglichkeiten am Gymnasium sind extrem schlecht. Es gibt in jedem Schuljahr maximal eine zweistellige Zahl an A14-Stellen zum Aufstieg, auf der anderen Seite Tausende Lehrkräfte, die darauf warten. Der PhV fordert deshalb vom Land Stellenhebungen von A13 nach A14, um das Verhältnis (den 'Stellenkegel') wieder auf ein sinnvolles Niveau zu bringen, das Entwicklungsmöglichkeiten bietet und damit die Attraktivität des Berufs steigern kann – so wichtig wie nie in Zeiten des Lehrkräftemangels.
- Lehrkräftemangel überall, er zeigt sich auch an der drastisch sinkenden Zahl an Referendarinnen und Referendaren, die diesen Berufsweg einschlagen möchten. Hier muss dringend von der Regierung gegengesteuert werden, um die Bildungschancen der Kinder nicht noch mehr zu gefährden.
- Wir sind einer Meinung, was die Notwendigkeit einer verbindlichen Grundschulempfehlung angeht. Hiermit könnte man durch homogenere Klassen eine weitaus höhere Lernqualität erreichen – völlig kostenneutral, wie es das KM ja immer verlangt. Trotzdem wird diese Verbesserung für Schülerinnen/Schüler und Lehrkräfte aus ideologischen Gründen abgelehnt.
- Die Empfehlungen »aus der Folterkammer« der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission, als unabhängiges wissenschaftliches Beratungsgremium der Kultusministerkonferenz, lehnen wir ab, denn höhere Belastungen der Lehrkräfte führen nur in einen Teufelskreis mit immer mehr Krankheitsfällen, das hilft nicht.
- Die digitalen Hilfsmittel an den Schulen können nicht nebenher von MINT-Lehrkräften gewartet werden, hier muss, wie in einem Unternehmen, eine externe Fachkraft zuständig sein. Die Schulträger und das Land sind in der Pflicht.
- Kritik an der immer noch nicht funktionsfähigen Bildungsplattform: Hier besteht Handlungsbedarf!
- Der PhV BW und die FDP sind sich einig, dass jedes Kind nach Wahl ein G9-Gymnasium besuchen können sollte. Die gewünschte Stärkung der politischen Bildung durch mehr Stunden in den Gesellschaftswissenschaften und der wachsende Bedarf an Informatikunterricht lassen sich nur in einem G9 verwirklichen.

Von beiden Seiten werden diese regelmäßigen Austauschgespräche und die gute Zusammenarbeit als gewinnbringend betrachtet.

Karin Fetzner

... der SPD

Im Rahmen des regelmäßigen Austauschs des PhV BW mit den meisten Landtagsfraktionen fand am 19. April eine Videokonferenz mit Stefan Fulst-Blei, Katrin Steinhülb-Joos, Lisa Rößner und Nora Dreier von der SPD mit Ralf Scholl, Karin Fetzner, Andrea Pilz und Thomas Schwan vom PhV BW statt. Ein breit gefächertes Themenspektrum bot sich an:

- Die IT-Administration an den Schulen: Wie steht es mit der Versorgung und Wartung der Geräte? Wer ist zuständig, wie wird die Arbeit vergütet? Auch an den Seminaren, die ja die Referendare ausbilden sollen, ist die diesbezügliche Situation unzureichend und sollte dringend verbessert werden.
- Die seit Jahren immer schlechteren, inzwischen kaum noch vorhandenen Beförderungsmöglichkeiten der Lehrkräfte an Gymnasien nach A14 und die Schieflage des Verhältnisses von A13- zu A14-Stellen wurde mit der Forderung nach Stellenhebungen verbunden und dargestellt.
- Konsens besteht zwischen den Gesprächspartnern in der Forderung nach flächendeckender Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 an allgemeinbildenden Gymnasien.
- Der hohe Krankenstand an den Schulen zeigt die jahrelange Überbelastung der Lehrkräfte auf schonungslos deutliche Art auf.
- Die Zahl der Referendare sinkt von Jahr zu Jahr, dies demonstriert eindrücklich den Verlust der Attraktivität des Lehrberufs. Beides zusammen lässt für die Lehrerversorgung in den kommenden Jahren einen weiter wachsenden Mangel an Fachkräften erwarten und befürchten. Hier muss durch die Politik dringend eingegriffen werden. Die Sparpolitik auf dem Rücken der Schulen und der Schüler ist kontraproduktiv!
- Das KM muss sich unter Einbeziehung der Personalräte, Lehrkräfte und Schulleitungen, also der Praktiker, eine rechtskonforme Art der Erfassung der Lehrerarbeitszeit überlegen, ebenso wie Strategien, um geltende Arbeitsschutzvorschriften auch im Lehramt zu gewährleisten.
- Vorschlag des PhV BW: Eine größere Homogenität in den Klassen kann die Arbeit für alle (!) Beteiligten deutlich erleichtern. Eine kostenneutrale Lösung dafür wäre eine erhöhte Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung, zumindest eine Regelung, die keine Sprünge über eine Stufe der Empfehlung hinaus zulässt. Ein landesweiter Test Lernstand 4 kann außerdem eine große Orientierungshilfe sein und die Empfehlung unterstützen.

Nicht in allen Themen sind die Einstellungen der SPD und des PhV BW ähnlich, aber der schon traditionelle Meinungsaustausch und die Informationen aus der Praxis und der Politik werden als hilfreich und nutzbringend betrachtet – Fortsetzung folgt!

Karin Fetzner

>> Der geschäftsführende Vorstand von Nordbaden bei der Klausur

>> Der erweiterte Vorstand bei der Arbeitstagung in Rauenberg

>> Die JuPhi in Nordbaden waren ebenfalls bei der Tagung dabei und hatten neben Arbeit auch einiges zu lachen

Arbeitstagung des erweiterten Vorstands des Bezirks Nordbaden

Immer auf dem aktuellen Stand sollen die Präsentationsfolien des PhV zu den verschiedenen Vortragsthemen sein. Bei ihrer Klausurtagung nahmen sich die Mitglieder des erweiterten Bezirksvorstands Nordbaden die Folien in Arbeitsgruppen vor und überarbeiteten sie. Die Tagung fand am 16. und 17. Juni 2023 im Hotel Winzerhof in Rauenberg statt. Ergänzt wurde die Arbeitsphase durch Informationen zum Ablauf der Studenpersonalratswahlen im Jahr 2024. Aufgrund des frühen Wahltermins werden erste Informationen hierzu bereits nach den Sommerferien an die Schulen kommen.

Helmut Hauser

IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,– Euro und für ein Jahresabonnement 18,– Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion:
Schriftleiter: Enver Groß *[E.G.]* | enver.gross@phv-bw.de | Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg
Redaktionsteam:
Sabine Grobe *[S.G.]* | Helmut Hauser *[H.H.]* | Bettina Hölscher *[HL]* | Edelgard Jauch *[E.J.]* | Anne Käßbohrer *[A.K.]* | Richard Zöller *[R.Z.]*

Herausgeber:
Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart | Tel.: 0711 2396250 | Fax: 0711 2396277 | info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:
Pädagogik & Hochschul Verlag | dphv-verlagsgesellschaft mbh | Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf | Tel.: 0211 3558104 | Fax: 0211 3558095
dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

Weitere Hinweise zur Beitrittserklärung *(s. Umschlagseite 4)*

Hinweise zum Datenschutz: Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gebe ich entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DSGVO die Einwilligung durch meine Unterschrift. Alle anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten werden vom PhV für die Verwaltung der Mitgliedschaft auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DSGVO erhoben. Darüber hinaus können die Daten Name, Vorname, Fachkombination, Adresse, Telefon und E-Mail für die Suche und Kommunikation der PhV-Mitglieder untereinander (im passwortgeschützten Mitgliederbereich intern.phv-bw.de) verwendet werden.

Anmerkung: Auf der internen Webseite können Sie unter 'Mein Konto' Ihre Daten verwalten und die suchbaren Einträge einschränken. Für jede weitergehende Nutzung Ihrer Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es Ihrer Einwilligung.

Datenschutzregelung zum Newsletterversand: Im Rahmen unseres Newsletters verarbeiten wir als Daten lediglich die vom Abonnenten angegebene E-Mail-Adresse. Diese wird in diesem Zusammenhang nicht mit weiteren personenbezogenen Daten (Name o. Ä.) verbunden, nur für den Newsletterversand verwendet und nicht an Dritte weitergegeben. Rechtsgrundlage des Newsletterversands ist Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO (Datenschutzgrundverordnung). Die Mailadresse wird nur für die Dauer des Newsletterbezugs gespeichert und bei Beendigung des Abos gelöscht. Das Newsletterabo kann jederzeit widerrufen werden: Jede Newsletter-Mail enthält einen Link, mit dem Sie mit einem schnellen Klick einzelne Newsletter bestellen oder abbestellen können, sowie einen Link zum einfachen Abbestellen sämtlicher Newsletter.

Auszug aus den ab 1. Januar 2022 geltenden Beiträgen (Beiträge pro Monat)

Staffelbeiträge* * Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt	unter A 13/E 14 17,55 Euro	A 13/E 14 20,64 Euro	
	A 14/E 15 22,50 Euro	A 15/E 15Ü 25,18 Euro	A 16 und darüber 27,87 Euro
Feste Beitragssätze	Studenten 0,00 Euro	Referendare 4,13 Euro	Pensionäre 10,32 Euro

Beitrittserklärung

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband Baden-Württemberg ab

Name, Vorname

Straße Hausnummer, PLZ Ort *Geb.-Datum*

Telefon *E-Mail*

☐ Ich wünsche den PhV-Newletter (kostenlos)

Status (bitte genaue Angaben):

☐ Beamter/in, Amtsbezeichnung A ☐ Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E ☐ Studienreferendar/in ☐ Student/in

Dienststellung (StR, ...) *Fächerkombination* *Deputat in Wochenstunden*

Schulname, Schulort

SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Stuttgart

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, fällige Forderungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von sechs Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut

IBAN D E

BIC

Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7 (2) der Satzung ein Austritt nur zum Ende eines Quartals mit sechswöchiger Kündigungsfrist möglich ist.

Ort, Datum *Unterschrift*

Unter **https://phv-bw.de** finden Sie alle Informationen zum *Datenschutz* unter **–> Datenschutz**. Alle Infos zur *Mitgliedschaft* finden Sie unter **–> Mitgliedschaft**. Hier können Sie auch die *Beitrittserklärung als ausfüllbares PDF-Formular* herunterladen.